

Schandurteil gegen bulgarische Jungkommunisten

92 Jahre Zuchthaus für 16 Angeklagte — Ein Schulmädchen zu einem halben Jahr Zuchthaus verurteilt — 35 000 Letwa Geldstrafe

Sofia, den 30. Dezember.

Das Sozialer Kretogericht hat in Abwesenheit der Angeklagten und der Verteidigung das Urteil gegen 17 Jungkommunisten gefällt. Von den Angeklagten wurden 16 zu insgesamt 91 1/2 Jahren schwerem Kerker und 35 000 Letwa Geldstrafe (33 Letwa gleich 1 Mark) verurteilt. 1 Genosse wurde freigesprochen. Die Hauptangeklagten, Genosse Poppo und Georgi Sundow wurden zu je 15 Jahren Zuchthaus, 2 weitere Angeklagte zu 10 Jahren und 3 zu je 7 Jahren und ein halbwüchsiges Schulmädchen zu 1/2 Jahr Zuchthaus verurteilt. Alle 17 Angeklagten wurden nicht nur in der Unterfuchungshaft, sondern auch in aller Öffentlichkeit vor dem Gericht wegen ihrer mutigen Verteidigung auf das unermesslichste mißhandelt. Die Prozedur wurde nicht zum größten Teil in Abwesenheit der Angeklagten ab.

Braune Banden des Finanzkapitals überfallen Arbeiter

Berlin, 30. Dezember.

In der Wiener Straße, in der sich ein Betriebsrat der Nazis befindet, haben die Nordbanditen Hitler's wieder einen vorbereiteten Überfall auf Arbeiter unternommen. Da die Arbeiter sich wehrten, kam es zu einer Schlägerei, wobei auch die Fenster des Lokals in Brüche gingen. Die Nazis feuerten aus dem Lokal auf die Arbeiter und die Polizei. Ein Schupobeamter wurde schwer verletzt. Wie immer, nahm auch die Schupo einen überfallenen Arbeiter fest, ließ aber die Nazis vollkommen in Ruhe.

Mordphantasien der Stadtpresse

Ein Protzklub empört Arbeitssloßer

Am 24. Dezember gegen 21,30 Uhr haben hungernde Hamburger Arbeitssloßer, die durch das Demontationsverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schäufelber und durch die Polizeistrafen aufs äußerste empört waren, die Fensterlöcher in Schäufelbers Wohnung zertrümmert.

Herr Schäufelber war gerade bei der Bekleidung und wurde in unangenehmer Weise daran erinnert, daß es in Hamburg Tausende von Arbeitssloßern gibt, die nichts zu tragen und zu heißen haben. Die bürgerliche Presse brachte nun in größter Aufmachung die Entschuldigungen über den Vorfall und schrieb von einem „Mordanschlag auf den Polizeipräsidenten“ und von dessen „wunderbarer Rettung“. So lächerlich die Behauptung von einem Mordanschlag ist, so zeigt doch diese Hetze, mit welchen Mitteln man gegen die Arbeitssloßer Stimmung machen will. Natürlich ist die SPD-Presse bei dieser Phantasie neben den Arbeitssloßern an der Spitze.

Faschisten sind freigelassen

Proletarier schmachten weiter in republikanischen Kerkerhöhlen

Witten, 30. Dezember.

Nachdem vor einigen Tagen der faschistische Bombenleger Wolf aus der Haft entlassen worden ist, sind jetzt auch Heber, Reichert, Hülsmann und Humann aus der Haft entlassen worden. Die Verurteilung der faschistischen Bombenleger durch das Gericht in Witten war nichts als eine Komödie. Die Bombenleger sind frei, aber die proletarisch-politischen Gefangenen, wie der Genosse Peters, bleiben im Zuchthaus solange, bis ein Massenstreik aus den Betrieben und Arbeiterorganisationen unsere Klassenbrüder befreit. Proletarier, tut eure Pflicht!

„Zwischen zwei Zeiten“

Im Lager der Bourgeoisie herrscht über die weitere Entwicklung des Kapitalismus eine tiefe Unsicherheit. Die großkapitalistischen Zeitungen stimmen einem tiefen Pessimismus sowohl über die Wirtschaftslage, als auch über die weitere politische Entwicklung.

Die pessimistisch die Bourgeoisie ihre Lage beurteilt, das beweisen die charakteristischen Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“ in einem Artikel einer Sonntagsausgabe unter der bezeichnenden Überschrift: „Zwischen zwei Zeiten“. Es heißt dort u. a.:

„Mehr als in der Dessenitätlichkeit bekanntemorden ist waren einvernehmliche Kreise und zündende Stellen von schwarzem Pessimismus erfüllt und rechneten damit, daß die Regierung in die Zukunft zu suchen würde... In der zunehmenden Verfall der Wirtschaft und der Komplikation der Welt und den Ausgängen dieses Jahres kennzeichnet, hätte das Verlangen der verfallenen Wirtschaftsfaktoren vollends zur Spitze am Pulverfaß werden können.“

Die Krise ist vermindert... Vermindert oder nur verschoben? Das ist die Frage.

Die Regierungs-, Parlaments- und Staatsstöße ist nicht ergebnislos vermindert.

Es geht um's Ganze, um's Schicksal des demokratischen Staates und des kapitalistischen Wirtschaftssystems die beide durchaus ineinander verflochten sind.

Unsere Gegenwart steht so sehr zwischen zwei Zeiten, wie es in ähnlichem Maße die Geschichte selten aufweist...“

Die „Bergwerkszeitung“ charakterisiert die Lage folgendermaßen:

„Die wirtschaftliche Not führt in unserem Land den Kampf aller gegen alle. Ein Staat gibt dem anderen die Schuld.“

Gerade in diesen Tagen kommen von überall her Meldungen, daß bereits ein latenter Bürgerkrieg im Gange ist. Kein Tag ohne Schlägereien, ohne Tote und Verwundete bei Auseinandersetzungen, ja bei regelrechten Heberfällen der verschiedenen Parteien.“

Nicht minder pessimistisch ist die Bourgeoisie bei Beurteilung der Wirtschaftslage. Die „Berliner Arbeiter-Zeitung“ sagt zu diesem Thema:

„Die Wirtschaftslage ist sowohl in Deutschland, als auch in der Welt noch immer im Stadium schwerster Menschennot.“

„In Deutschland sind es 4 Millionen Arbeiter, die jetzt auf der Straße liegen. Millionen arbeiten verflucht. Die „Schickslichen“, die noch in den Betrieben stehen, sind dem Lohnraub ausgesetzt. Zu gleicher Zeit aber wärmen sich die Händen des Trustkapitals die Hände an dem Unheil des Volkes.“

„Deutschland (gemeint ist das Trustkapital), profitiert vom Unterschied der Preisentwicklung zwischen Rohstoffen und Fabrikat. Noch immer — trotz aller Preislenkung — hält sich der Preisindex für Fertigwaren auf fast 144, während der Rohstoffindex auf 113 gesunken ist. Es ist eine Milliardensumme, die Deutschland an der Rohstoffpreise und an der Preislenkung zwischen Rohstoffen und zwischen Industrieprodukten verdient.“

Wir haben in unserer Zeitung schon öfters auf die Krisengewinne der deutschen Kartelle hingewiesen. Die Rohstoffe beteiligen sich an dem Preis der Fertigwaren mit 30 bis 60 Prozent. Der katastrophale Rückgang der Rohstoffpreise mußte sich auf die Preise der Fertigwaren auswirken. Das ist auch der Fall bei den nicht kartellierten, freien Preisen. Die kartellgebundenen Preise aber sind sehr wenig zurückgegangen. Die Verbilligung der Rohstoffe kommt einzig und allein den Kartellen und Trusts zugute. Die deutschen Kartell- und Trustkonglomerate verstehen es, auch in der Krise Ertragsgewinne zu erzielen.“

Jetzt gibt es Stöcker! Das Volk hungert und die Kapitalisten machen Milliardengewinne — das ist das abstoßende Bild des verfallenen, zum Untergang verurteilten deutschen Kapitalismus!

Depression. Die Vorgänge in der amerikanischen Wirtschaft zeigen deutlich, daß vorerst eine Besserung der Weltwirtschaftslage wenig wahrscheinlich ist. In Deutschland ist von einer Besserung der Verhältnisse ebenfalls nichts zu verspüren. Die Arbeitslosigkeit ist größer denn je. Vertriebsbeschränkungen sind noch wie vor an der Tagesordnung.“

Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin faßt in ihrem Jahresbericht:

Die Lage der deutschen Wirtschaft am Ende dieses Berichtsjahres in vielen den früheren Jahren, die wir am Schluß der Erörterung unserer Währungs im Jahre 1923 durchzuführen müßten.“

Das ist die Lage des Kapitalismus, wie sie in wenigen Strichen von der bürgerlichen Presse charakterisiert wird. Diese Schilderung ist genau. Das kapitalistische System ist bankrott. Bankrott ist die herrschende Klasse, die nicht mehr imstande ist, ihre Arbeitsstätten zu erhalten. Bankrott sind die Finanzen. Schon heute droht das Geldspiel der Finanzplätze am 1. Januar auf die Gefahr, am 1. Januar den Bankrott und Angehörigen keine Gehälter zahlen zu können, die Gefahr, in den Monaten Januar, Februar den Wohlfahrtsvereinen durch die Kommunen nicht mehr die arbeitslosen Beihilfen zu zahlen zu können. Und damit die Gefahr des allgemeinen Chaos und riesengroß die Gefahr der proletarischen Revolution.“

„Es geht um's Ganze“, ruft die „Kölnische Zeitung“, und weil es um's Ganze geht, deshalb ist die Frage, wie aus dem Bankrott herauskommen und den drohenden Zusammenbruch zu vermeiden, wie die Gefahr eines offenen Bürgerkrieges, in welchem das Proletariat zu den Waffen greift und die kapitalistische Gesellschaft hinwegjagt, abzuwenden eine Lebensfrage für die Bourgeoisie.“

Darüber, daß man, um den Kapitalismus zu erhalten, die Lebenslage der Arbeiter verschlechtern, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter verschärfen und an Stelle der „Demokratie“ die faschistische Diktatur setzen muß, gibt es im Lager der Bourgeoisie keinen Streit. Wodurch es einen Streit gibt, das ist die Frage, wie die den Kapitalismus erhaltenden Kräfte von Weitz bis Hitler unter der faschistischen Diktatur zusammengefaßt werden können. Ein Teil der führenden Kräfte der Bourgeoisie will die Auskultung der Sozialdemokratie und die Vereinnahmung der Nazis und Jungensbergs in die Regierung. Dagegen wendet sich vor allem die „Kölnische Zeitung“. Sie weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie „sich faktisch politisch wieder besonnen hat“. In dieselbe faktisch erhaltende Position wieder eingerückt ist, in der sie ein Jahr um die Wende 1918/19 den Bolschewismus von Deutschland hat abzuwehren helfen.“

Der hoch geweihte führende bürgerliche Kreise gegen die Sozialdemokratie sei „das Dummste und Kurzsichtigste“. „Was sich das deutsche Bürgertum in keiner jehtigen weltanschaulichen Gefährdung leisten kann.“

Natürlich ist die „Kölnische Zeitung“ keineswegs dagegen, auch die Nationalsozialisten heranzuziehen. Aber für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft erachtet sie die SPD weit gewichtiger als die Nazis. Die „Kölnische Zeitung“ sieht sehr gut, daß den Nazis in dem Augenblick, wo sie die volle Verantwortung als Regierungspartei für das bankrotte kapitalistische System übernehmen, die durch Not und Elend radikalisierten Massen, die den Nazis nach nachziehen bereit sind, zufließen werden.“

„Wann immer ich“, schreibt die „Kölnische Zeitung“, „des Wortes von Oswald Spengler, daß die völkische, d. h. heute die nationalsozialistische Bewegung dazu bestimmt zu sein meint, den Boden aufzumachen für eine gefährliche Gegenbewegung. Damit ist zweifellos die kommunistische Bewegung gemeint.“

Die „Kölnische Zeitung“ ist sich in der Tat der Lage, in der die Bourgeoisie, in der die kapitalistische Gesellschaft sich befindet, vollkommen bewußt. Es ist die Lage „zwischen zwei Zeiten“.

Die Hoffnungen der Bourgeoisie auf die Sozialdemokratie und auf die Nazis, die Hoffnung, durch die faschistische Diktatur den Bankrott und Zusammenbruch des Kapitalismus aufhalten zu können, wird zuhause werden an der Komplexität der Situation und der Führung der kommunistischen Partei, an der Tatsache, daß die herrschende Klasse das ganze Volk in Elend gefürchtet hat und keinen Ausweg, der dieses Elend zum Verschwinden bringen könnte, zeigen kann. Die Stützen der Bourgeoisie, die Nazis und die SPD, werden in diesem Kampfe des arbeitenden Volkes gegen die herrschende Klasse immer mehr und lauter. Sie werden zusammenbrechen und mit ihnen das kapitalistische System. Derzeit wird der Bolschewismus, d. h. das arbeitende Volk, das sich auf den Trümmern der alten kapitalistischen Gesellschaft eine neue, die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen wird, die Arbeit, Brot und Freiheit für alle, die in der kapitalistischen Gesellschaft ausgebeutet und unterdrückt werden und zum Zusammenbruch des Kapitalismus...

...sondern nur im engen Zirkel sich unterhalten, um dann den Arbeitern zu erklären: „Es ist nichts zu machen, wir werden tüfteln für das nächste Jahr.“

Das sind die Worte der reformistischen Songen, die die Arbeiter bei jeder Gelegenheit zu hören bekommen. Doch so wenig wie die reformistische Gewerkschaftsbürokratie in der Arbeitsfrage und jetzt in der Lohnfrage etwas unternimmt, wird sie in künftigen Wirtschaftskrisen das A und O dieser „Arbeiterführer“. Das Interesse des Proletariats ist ihnen ganz gleichgültig.

Durch freie Vereinbarungen haben die Bürokraten des DMB dem Lohnabbau in Breslau, Hannover, Stuttgart und anderen Teilen des Reiches zugestimmt. Freiwilleg werden sie aufstimmten auch weiteren Forderungen der Unternehmer. Wenn die sämtlichen „linken“ DMB-Führer jetzt in ihren Funktionärversammlungen eine Entschuldigungen gegen den Schandbescheid annehmen lassen, so ist das nichts weiter als ein Mandat. Die Teilnehmer, Händler und Co. wissen, daß die Unternehmer den Lohnraubbescheid für verbindlich erklären lassen und daß Stegerwald, der Zentrumminister, die Verbindlichkeitsklärung ausspricht. Dann werden sich die Reformisten als die „Vergewaltigten“ hinstellen, in Wahrheit aber sind sie mit dem Lohnraub einverstanden und denken mit feinem Zota daran irgendeine Kampfmaßnahme auch nur vorzubereiten.

Sozialdemokratische Metallarbeiter!

So wenig wie der kommunistische Arbeiter, wie euer Kollege, der in der RGD organisiert ist, wagt ihr, daß jetzt von eurem Lohn 5 Prozent gekürzt werden. Auch ihr arbeitet seit Monaten verflucht, auch ihr geht mit einem Wochenlohn von 20 Mark nach Hause. Auch eure Kinder rufen nach Brot, haben keine Kleidung, um sich gegen die Kälte zu schützen. Auch ihr wohnt in elenden Wohnhöhlen und kennt nur eines, Hunger und Elend. Noch habt ihr der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie Vertrauen gezeigt, habt geglaubt, daß sie den Kampf gegen den Lohnraub führen wird. Dieser Schandbescheid muß auch euch die Augen öffnen. Auch ihr müßt erkennen, daß je länger ihr der reformistischen Bürokratie Gefolgschaft leistet, sich eure Lage in immer mehr verschlechtert. Aber ihr wollt so wenig hungern und schreien für die Kapitalisten wie der RGD-Kollege. Euer Platz ist bei uns in der revolutionären Front. Und ihr arbeitslosen Metallarbeiter, denen man jetzt besonders vom „Reich der Liebe“ predigt, jetzt ihr jetzt diese „Liebe“ ausspricht. Auch euch wird man 5 Prozent eures Lohnes rauben, auch ihr sollt den Hungerriemen enger schnallen.

Ohne Unterschied welcher Partei ihr Metallarbeiter angehört, ob ihr im DMB oder bei den Christen organisiert, ob ihr der RGD angehört oder unorganisiert seid, ihr alle gehört in einheitliche Front, in die Front des Kampfes gegen die Lohnräuber. Das faschistische Metallproletariat muß kämpfen. Dieser Kampf kann aber nur unter der Führung der RGD erfolgreich sein, denn nur die RGD ist es, die rücksichtslos und allein eure Interessen vertritt.

Antreten zum Kampf ist die Parole! Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub die Lösung der Metallarbeiter!

In allen Betrieben müssen heute und morgen Betriebsversammlungen stattfinden, in denen die Arbeiter den Streik gegen den Lohnraub beschließen. Für jeden Metallbetrieb muß eine aus den besten revolutionären Kollegen des Betriebes zusammengestellte Streikleitung gewählt werden. In jedem Metallbetrieb gibt es gemeinschaftlich mit den Erwerbslosen Stöckbrigaden zu schaffen, die die Betriebe kreisförmig machen! Wo die reformistischen Betriebsräte die Abhaltung von Betriebsversammlungen verhindern, müssen die Stöckbrigaden liegende Versammlungen vor den Metallarbeitern organisieren. Metallarbeiter, antreten zum Streik unter Führung der RGD und unter folgenden Losungen:
Gegen jeden Pfennig Lohnraub!
Für Siebenstundentag, die Vierzigstundentage bei vollem Lohnausgleich!
Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit!
Für Brot und Arbeit für die Erwerbslosen!
Wieder mit dem Lohnraub!
Wieder mit der Schlichtungsdictatur!
Kart mit der faschistischen Brüning-Regierung!

Lohnraub in der Metallindustrie R3 n

In Köln fällt die Schlichterkammer einen Schiedspruch, der die Arbeitszeit der Metallarbeiter um eine Stunde wöchentlich ohne Lohnausgleich verkürzt und darüber hinaus einen Abbau der Löhne um 5 Prozent vorsieht.

RR-Rundschau

am 20. Januar 1931 in der Ausstellung, Karten im Kornverkauf bei: R3, Metz Hilfe, R3 Betriebsrat, Internationaler Bund, Wittefle, Nimmingsstr. 5, Keller, Stürmer, Köcherhagen, Henschel, Hermann, Gölzinger Straße, Arbeiterstimme, RPD-Parteibüro.

Massenelend und Milliardengewinne

„Die Welt hat kein Weihnachtsfest in ähnlicher Not und Trauer begangen wie dieses“
Ein bürgerlicher Wirtschaftspolitiker über den Bankrott des Kapitalismus

Der Redakteur der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“, Eduard Stöcker, bringt in der Weihnachtsnummer seiner Zeitschrift eine Betrachtung mit der Überschrift: „Was haben wir?“ Stöcker und seine Zeitschrift sind mit den Großbanken und dem Reichsverband der deutschen Industrie eng verbunden. Die Eingeländnisse, die Stöcker machen muß über die völlige Ausweglosigkeit des Kapitalismus sind deshalb von besonderem Interesse.

Er schließt in seinem Aufsatz das Krisenbild der Welt und Deutschlands. Er gibt zu, daß die Welt kein Weihnachtsfest in ähnlicher Not und Trauer begangen hat wie dieses. Das Verbrechen aber in seinen Betrachtungen ist folgende Erklärung:

„Die Tendenz zur Abwärtswendung des Lebensniveaus, der man ausweichen zu können glaubte, jetzt sich trotz allem langsam durch. Aber was es vor dem Kriege eine Tendenz nach oben, indem die rückständigen Nationen sich dem Niveau der höher entwickelten anzuschließen strebten, so wagt sich jetzt eine Abwärtswendung nach unten, indem das Niveau der reichen Nationen sich von dem Höchststand zu senken droht.“

Das ist ein Schandbild über den Charakter der gegenwärtigen kapitalistischen Periode, als Periode des Absterbens und Verfauens der kapitalistischen Gesellschaft. Das Lebensniveau der Volksmassen absinkt sich nach unten — ein verhängnisvoller Wirt für das gesamte kapitalistische Weltsystem, aus dem Munde eines der talentiertesten Verteidiger.

Die Volksmassen verhungern, ohne Hoffnung, im Kapitalismus ein besseres Leben zu erreichen. Stöcker schreibt: „Man glaubt, daß die Arbeitslosigkeit der Welt umreißt an 18 Millionen“

„Menschen trifft“. In Deutschland sind es 4 Millionen Arbeiter, die jetzt auf der Straße liegen. Millionen arbeiten verflucht. Die „Schickslichen“, die noch in den Betrieben stehen, sind dem Lohnraub ausgesetzt. Zu gleicher Zeit aber wärmen sich die Hände des Trustkapitals die Hände an dem Unheil des Volkes. Stöcker gibt selbst zu:

„Deutschland (gemeint ist das Trustkapital), profitiert vom Unterschied der Preisentwicklung zwischen Rohstoffen und Fabrikat. Noch immer — trotz aller Preislenkung — hält sich der Preisindex für Fertigwaren auf fast 144, während der Rohstoffindex auf 113 gesunken ist. Es ist eine Milliardensumme, die Deutschland an der Rohstoffpreise und an der Preislenkung zwischen Rohstoffen und zwischen Industrieprodukten verdient.“

Wir haben in unserer Zeitung schon öfters auf die Krisengewinne der deutschen Kartelle hingewiesen. Die Rohstoffe beteiligen sich an dem Preis der Fertigwaren mit 30 bis 60 Prozent. Der katastrophale Rückgang der Rohstoffpreise mußte sich auf die Preise der Fertigwaren auswirken. Das ist auch der Fall bei den nicht kartellierten, freien Preisen. Die kartellgebundenen Preise aber sind sehr wenig zurückgegangen. Die Verbilligung der Rohstoffe kommt einzig und allein den Kartellen und Trusts zugute. Die deutschen Kartell- und Trustkonglomerate verstehen es, auch in der Krise Ertragsgewinne zu erzielen.“

Jetzt gibt es Stöcker! Das Volk hungert und die Kapitalisten machen Milliardengewinne — das ist das abstoßende Bild des verfallenen, zum Untergang verurteilten deutschen Kapitalismus!